

Hauptausschuss i.Hs.
Rathausallee 50
22848 Norderstedt

22851 Norderstedt,
d. 09.11.2020

Antrag/ Thema "Angstraum für den Bereich Glashütte, Mittelstrasse"

Als Mitbürger im 70. Lebensjahr bitte ich aus aktuellem Anlass (gefährdet wg. Ansteckungsgefahr mit dem Corona-Virus) meinen schriftlichen Antrag zu akzeptieren (Recht auf Teilhabe) - vielen Dank!

Der Bereich Mittelstrasse ist einer von mehreren festgestellten Angsträumen in Norderstedt, und der Parkplatzbereich (Aldi/Penny u.a.m.) wird auch z.T. in Verbindung mit dem hinteren Spielplatzbereich zum Handel/Konsum von Drogen genutzt.

In diesem Zusammenhang hatte ich am 05.09.2019 dem Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr (Hr. Bosse) einen Vorschlag unterbreitet: Auf dem (um das Gelände herum) Gelände der ehemaligen FFW Glashütte existierte der Plan, für Flüchtlinge einen Wohnblock neu zu bauen. Auch aus ökonomischer Sicht sollte man m.E. die aus der Müllerstrasse abwandernde Polizeiaussenstelle hier integrieren. So könnten alle inzwischen existierenden Bauvorschriften für Polizeigebäude aktuell geplant und eingehalten werden. Herr Bosse zeigte sich positiv interessiert, und mein Vorschlag wurde protokolliert.

Inzwischen wurde eine Polizeiaussenstelle im EKZ Immenhof, Poppenbütteler Strasse eingerichtet.

Meine Bitte an den Hauptausschuss:

1. Ich bitte, dass die Polizeipräsenz im Bereich EKZ/Spielplatz/Festwiese u. Mittelstrasse spürbar erhöht wird. Hier ist es **nicht nur m.E.** erforderlich, die Kontrollen nicht nur aus fahrenden Polizeifahrzeugen vorzunehmen, sondern auch **uniformierte und zivile Polizeifußstreifen** einzusetzen und diese somit dichter an das jeweilige Geschehen heranzuführen.

Seite 2 zum Schreiben an den Hauptausschuss vom 09.11.2020

2. Sofern die Lösung "Immenhof" lediglich als Zwischenlösung gedacht sein sollte, bitte ich, meinen Vorschlag vom 05.09.2019 nochmals aufzunehmen. Die Einwohnerstruktur in dem Bereich Mittelstrasse hat sich in den letzten Jahren verändert, und so bedarf es gewiss auch einer Anpassung der Massnahmen. Dazu gehören neben der Integration aus meiner Sicht auch das Vermitteln und Durchsetzen der existierenden Rechtslagen. Bitte, prüfen Sie, ob ggfs. eine Einbindung der Sozialbehörde mit den Institutionen hier Vorort (u.a. Kindertagesstätte, Kirchengemeinde etc.) möglich sein kann.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten veröffentlicht werden können und bitte um Ihre Unterstützung und Stellungnahme.

Vielen sehr herzlichen Dank !

Mit freundlichen Grüßen !



René Dromler